



Für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär

Beschluss der 17. Bundesdelegiertenversammlung
der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands vom 18. – 20. Juni 2021

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands e.V.
Köln, im Juli 2021

Die hier vorliegende Fassung des Beschlusses wurde als Vorabtext zum Download für das Internet erstellt. Demnächst wird der Beschluss auch in gedruckter Fassung vorliegen und der Vorabtext durch die Druckfassung auch im Download ersetzt werden. Wir empfehlen deshalb die Zitation nach Ziffernfolge vorzunehmen, da diese nicht verändert wird. *Beispiel: Vgl. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (Hg.): Für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt. WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär. Beschluss der 17. Bundesdelegiertenversammlung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands vom 18. – 20. Juni 2021, Köln 2021, Ziff. 3.*

Für ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt

WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär

Beschluss der 17. Bundesdelegiertenversammlung der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands vom 18. – 20. Juni 2021

Präambel

Die weltweite Verteilung der Macht und die geltenden Herrschaftsverhältnisse sind ungerecht – um sie zu überwinden, brauchen wir die Globalisierung der Gerechtigkeit.

Wir wissen uns in diesem Anliegen einig mit Papst Franziskus, der in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ feststellt: „Die Zerbrechlichkeit der weltweiten Systeme angesichts der Pandemie hat gezeigt, dass nicht alles durch den freien Markt gelöst werden kann und dass – über die Rehabilitierung einer gesunden Politik hinaus, die nicht dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist – wir die Menschenwürde wieder in den Mittelpunkt stellen müssen. Auf diesem Grundpfeiler müssen die sozialen Alternativen erbaut sein, die wir brauchen.“¹

Auf dem 16. Bundesverbandstag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung 2017 in Krefeld setzte sich die KAB in ihrem Beschluss „Arbeit.Macht.Sinn.“ mit der Systemlogik und der strukturellen Gewalt innerhalb des kapitalistischen Weltsystems auseinander. Hier wurde deutlich, dass die Lohnarbeit innerhalb des Kapitalismus keine freie und selbst bestimmte Tätigkeit von Menschen sein kann, sondern lediglich Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung ist. Um eine Globalisierung der Gerechtigkeit zu erreichen, ist eine Überwindung des kapitalistischen Weltsystems und seiner Herrschaftsverhältnisse notwendig. Nur so wäre es möglich, die menschliche Tätigkeit insgesamt aus der Lohnarbeit zu befreien, so dass sie in Solidarität und Kooperation ausgeübt werden kann.

Aktuell erleben wir das Gegenteil. Die Lohnarbeitsverhältnisse werden immer prekärer. Sie sind häufig ungeschützt, schlecht entlohnt und bieten einzelnen Menschen keine Perspektive für ihre Zukunft. In solchen prekären Arbeitsverhältnissen erleben wir in besonderem Maße menschenunwürdige Arbeit.

Deshalb richten wir nun unseren Blick auf diese prekäre Arbeit.

Mit dem Ziel, sie abzuschaffen – in Deutschland und in der Welt, aber auch in unserer Kirche.

Wir schauen hin: Prekäre Arbeit nimmt zu!

„Der HERR sprach: Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und ihre laute Klage über die Antreiber habe ich gehört. Ich kenne sein Leid. Ich bin herabgestiegen, um es der Hand der Ägypter zu entreißen und aus jenem Land hinauszuführen in ein schönes, weites Land, in ein Land, in dem Milch und Honig fließen (...).“ (Ex 3,7-8)

(1) Wer in prekären Verhältnissen arbeitet, muss mit einem hohen Risiko leben und wird auf vielfältige Weise benachteiligt:

- Häufig reicht das Einkommen aus prekärer Arbeit nicht aus, um die Existenz zu sichern. Auch in Deutschland leben Menschen in Armut, obwohl sie einer regulären Arbeit nachgehen. Dazu kommt: Ihre Arbeitsverträge sind oft befristet, selbst mit diesem geringen Einkommen können sie nicht sicher planen.
- Prekär Arbeitende können ihre Rechte nicht im vollen Maße wahrnehmen und durchsetzen, sie haben nicht den gleichen sozialen Schutz. Denn in vielen Fällen sind sie nicht oder nur eingeschränkt arbeits- und sozialrechtlich abgesichert. Auch tarifliche Regelungen kommen nur eingeschränkt oder gar nicht zur Anwendung.
- Wer in prekären Verhältnissen arbeitet, kann sich weniger einbringen und die eigene Arbeit weniger mitgestalten. Es gibt auch weniger Möglichkeiten sich zu entwickeln und fortzubilden. Außerdem haben prekär Arbeitende häufig ein höheres gesundheitliches Risiko, sie sind höheren Gefahren ausgesetzt. Im schlimmsten Fall verlieren sie am Ende die körperlichen und psychischen Möglichkeiten, überhaupt arbeiten zu gehen.

Prekäre Arbeit bedeutet dabei auch ein prekäres Leben – über die Erwerbstätigkeit hinaus. Altersarmut ist eine häufige Folge. Doch auch schon zuvor wird der gesamte Alltag von der prekären Arbeit beeinflusst: Jede Ausgabe für die Kinder muss überdacht werden, für Notzeiten kann nicht gespart werden. Und auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist oftmals schwierig – der Sportverein, der Kinobesuch, das Streamingdienst-Abo: Mit einem geringen oder unsicheren Einkommen kann man sich vieles nicht leisten, was für andere „normal“ ist. Man kann nicht mitreden und teilnehmen, Ausgrenzung und Angst können die Folge sein.

(2) „Arbeitende Menschen kosten Geld.“ So sieht unsere Wirtschaft die „Ressource“ Arbeitnehmer*innen: Erwerbsarbeit ist ein Kostenfaktor, der möglichst kleingehalten werden soll, damit der Profit wachsen kann.

Der Finanzmarkt treibt dabei die Unternehmen zu Restrukturierungen, die Politik stellt die entsprechenden Weichen, der Wettbewerb verschärft sich und von den Arbeitnehmer*innen wird immer mehr Flexibilität gefordert. Das sind die Hauptgründe, weshalb prekäre Beschäftigungsverhältnisse auf dem Vormarsch sind.

Zwar kann man eine leichte Trendumkehr ausmachen:

Die Zahl der ausschließlichen Minijobber ist seit 2015 aufgrund gesetzlicher Regelungen rückläufig, ebenso der Anteil der befristeten Beschäftigungen. Der Anteil der Leiharbeit ist

gering, weist aber eine hohe Dynamik aus.

Dennoch gibt es keinen Grund zu Entwarnung, denn deutlich über 40 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse gelten als „atypisch“. Das heißt: Sie entsprechen nicht in vollem Maße einem „Normalarbeitsverhältnis“. Dem würde man in Vollzeit nachgehen, das wäre unbefristet und vollständig in die sozialen Sicherungssysteme integriert.² Ein Großteil der atypischen Arbeitsverhältnisse ist prekäre Beschäftigung.

Immer mehr Menschen können zudem von einem Job allein nicht mehr leben. Das sieht man zum Beispiel an dem Anstieg der nebenberuflichen Minijobber. Im Fall der Arbeitslosigkeit erhalten sie dann keine oder keine ausreichenden Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Das gilt mittlerweile auch für viele Menschen, die einem Normalarbeitsverhältnis nachgehen.

(3) Gerade gesellschaftlich notwendige Arbeit wird häufig nicht entsprechend bezahlt. Die Corona-Pandemie hat ein weiteres Mal offengelegt, dass es dabei auch um Arbeit geht, die wir als einzelne und als Gesellschaft dringend brauchen – teils zum Überleben.

Da sind zum Beispiel die Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege: Sie werden weiterhin schlecht und sehr unterschiedlich bezahlt, arbeiten oft im Schichtdienst und sind besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt. Flexible Arbeitszeiten führen zu einem erhöhten Stress, nicht nur hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele arbeiten ständig am Rande der körperlichen und psychischen Erschöpfung.

Dann sind da die Reinigungskräfte: Auch sie sind einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt und werden dennoch mit „Dumpinglöhnen“ abgespeist.

Da ist die hohe Zahl der Beschäftigten in der Logistikbranche: Sie stehen unter ständigem Zeitdruck, werden nach Anzahl der ausgelieferten Pakete bezahlt, müssen körperlich hart arbeiten und ständig „lieferbereit“ sein.

Dazu kommen die Soloselbstständigen, Freelancer, die „digitalen Kontingenzarbeitskräfte“: Um irgendwie über die Runden zu kommen, müssen sie fast jeden noch so gering bezahlten Auftrag annehmen. Abrufarbeitsverträge („work-on-demand“) und „Ein-Stunden-Verträge“ zeigen dabei, wie menschenunwürdige und deformiert unsere Arbeitswelt heute sein kann.

(4) Einige Gruppen in der Bevölkerung sind besonders stark von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen:

- Trotz formaler Gleichstellung arbeiten *Frauen* häufiger in Teilzeit als Männer, sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen, arbeiten immer noch oft in den unteren Bereichen der Hierarchien und tragen die Hauptverantwortung für die Vereinbarkeit von Familie, Haushalt und Beruf. Bei der Arbeitsteilung sind Frauen und Männer häufig in der Praxis noch nicht gleichgestellt und das wirkt sich auch auf die Erwerbsarbeit aus.

- Für viele *junge Menschen* sind prekäre Beschäftigungsformen zur Normalität geworden. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge ist zwar zurückgegangen, doch für viele sind sie „normal“ und eben keine „Einstiegsverträge“ mehr, die hin zu einem sicheren und dauerhaften Anstellungsverhältnis führen. So wird es immer schwieriger, das eigene Leben zu planen, ausreichend Geld für ein angemessenes Leben zu verdienen und eine gute soziale Absicherung zu erreichen. Außerdem entsteht der Eindruck, dass die Fähigkeiten und Kompetenzen junger Menschen in unserer Gesellschaft nicht gebraucht würden. So leiden das Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eigenen Gestaltungskräfte.³
- Auch *Migrantinnen* und *Migranten* sind von der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse betroffen. Werkverträge und durch Subunternehmen organisierte Leiharbeit sind an der Tagesordnung. Ein Beispiel dafür ist die Fleischindustrie: Arbeitsmigrant*innen schufteten hier bis zur totalen Erschöpfung. Ist ihre Arbeitskraft verbraucht oder werden sie krank, werden sie ersetzt. Ohnmächtig müssen sie Rechtsverletzungen und Ausbeutung hinnehmen. So sind es vor allem die „Schwächsten, (die) zu Arbeitern im Prekariat (werden)“⁴ – wie Papst Franziskus es formuliert.

Doch auch die beiden großen *Kirchen* und ihre Einrichtungen sind Arbeitgeberinnen, die teils auf prekäre Arbeit setzen. Eine Anstellung in einer kirchlichen Einrichtung bedeutet nicht, dass die Existenzgrundlage gesichert ist. Denn auch hier bedeuten befristete Arbeitsverhältnisse nicht automatisch den Einstieg in eine Festanstellung oder den Übergang in ein „normales“ Arbeitsverhältnis. Auch der Staat beteiligt sich an der Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Institutionelle Förderung wird häufig abgebaut und durch Projektförderung ersetzt. Hierdurch entstehen zahlreiche befristete Beschäftigungsverhältnisse die immer wieder verlängert werden.

Wir bilden uns ein Urteil: Arbeit werthaltig gestalten!

*„Du sollst einen notleidenden und armen Tagelöhner unter deinen Brüdern oder unter den Fremden, die in deinem Land innerhalb deiner Stadtbereiche wohnen, nicht ausbeuten.“
(Dtn 24,14)*

*„Das Recht ströme wie Wasser, / die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“
(Amos 5,24)*

(5) Prekäre Arbeit entsteht nicht zufällig, sie ist eine direkte Folge unseres ungerechten Wirtschaftssystems. Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise „eingeschrieben“, auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.⁵ Diese Verteilungsungerechtigkeit führt zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schieflagen und Fehlentwicklungen.

Dazu kommt eine Fehlsteuerung am Arbeitsmarkt. Die Strategie der Arbeitsmarktpolitik lautet „Arbeit um jeden Preis“, ohne die Folgen für die Beschäftigten und die Gesellschaft zu

berücksichtigen. Doch das „Jobwunder“ der letzten Jahre beruht fast ausschließlich auf der Ausweitung prekärer Arbeit.

Die Arbeit selber wird immer weiter verdichtet und beschleunigt. Da im Kapitalismus nicht der Mensch das Maß des Möglichen und Sinnvollen ist, führt die technologische Entwicklung nicht zur Entlastung der Arbeitenden, sondern zu einer Verdichtung und Beschleunigung von Arbeit. Es geht darum, mehr Profit für wenige zu erwirtschaften. Für die arbeitenden Frauen und Männer steigt damit jeden Tag der Druck, sich anzupassen und sich auf ständige Veränderungen einzustellen.

(6) Die weit verbreitete prekäre Beschäftigung zeigt deutlich: Die Arbeitskraft wird heute als Produktionsfaktor angesehen – leblos, entmenschlicht. Das widerspricht den Forderungen der kirchlichen Soziallehre und steht im Gegensatz zur unverletzlichen Würde des Einzelnen.

Der Mensch muss in den Mittelpunkt gestellt, es müssen gerechte und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für alle geschaffen werden – das ist mehr denn je das Gebot der Stunde! Gerade die beschleunigte technische Entwicklung aufgrund der Digitalisierung hat Folgen für die Organisation der Arbeitswelt, ja unserer ganzen Gesellschaft, ihrer Beteiligungsmöglichkeiten und Machtverhältnisse, die den Menschen immer mehr aus dem Mittelpunkt zu entfernen drohen.

Prekäre Arbeit, die in Deutschland insbesondere durch die Agenda 2010 Politik ab 2003 herbeigeführt worden ist, nimmt vielen Menschen die Chance auf gerechteren Lohn, soziale Absicherung und die soziale Anerkennung.

(7) Viel wichtiger als die reine Anzahl der Arbeitsplätze ist der Anteil wertvoller Tätigkeit. Im Kapitalismus wird die Frage nach dem Wert der Arbeit ausschließlich durch die Berechnung beantwortet, wie man sie ökonomisch verwerten kann. Der Zweck ist nicht sinnvolle Tätigkeit oder die Produktion von benötigten Gütern, sondern die Gewinnmaximierung.

Dem steht die kirchliche Soziallehre gegenüber: „Erste Grundlage für den Wert der Arbeit (ist) der Mensch selbst.“

Der Wert der Arbeit zeigt sich hier nicht zuerst darin, was und wie viel gearbeitet wurde, sondern in der Tatsache, „dass der, der sie verrichtet, Person ist. Die Würde der Arbeit wurzelt zutiefst nicht in ihrer objektiven, sondern in ihrer subjektiven Dimension.“⁶

Die Frage ist also nicht in erster Linie, wie man die geleistete Arbeit in Gewinn umrechnen kann. Es geht vielmehr um die Würde des arbeitenden Menschen. Sie sollte der Mittelpunkt allen Wirtschaftens sein.

Wo der Mensch wertvoll tätig ist, „lernt (er) vieles, entwickelt seine Fähigkeiten, überschreitet sich selbst und wächst über sich hinaus.“ Der Mensch wächst so „an sich selbst.“ Auf diese Weise wird Tätigkeit wertvoll für den einzelnen Menschen, aber auch für die Gemeinschaft und Gesellschaft sowie für kommende Generationen.

(8) Und das gilt nicht nur für Deutschland, nicht nur für Europa: Eine „Globalisierung der menschenwürdigen Arbeit“⁷ ist angesichts der zunehmenden weltweiten Spaltung notwendiger als je zuvor. Denn wie Papst Franziskus es formuliert: „Jede Ungerechtigkeit, die einem Menschen, der arbeitet, angetan wird, (tritt) die Menschenwürde mit Füßen.“⁸

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits getan: Die Vereinten Nationen haben menschenwürdige Arbeit ausdrücklich in ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“) festgeschrieben. Denn: Nachhaltigkeit und menschenwürdige Arbeit gehören untrennbar zusammen.

Deshalb darf ein Wachstum, das weiterhin auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, auf prekärer Beschäftigung und Ausgrenzung beruht, nicht länger hingenommen werden.

Doch um dieses Ziel bis zum Jahr 2030 für alle Menschen umsetzen zu können, kommen wir weltweit viel zu langsam voran. Wir müssen jetzt die Chance nutzen, um die Weltwirtschaft fair und gerecht zu gestalten. Das Herzstück dieser Weltwirtschaft muss die menschenwürdige Arbeit sein. Wir müssen Wachstum und Arbeit für alle „wertvoll“ machen!

(9) Die Vereinten Nationen fordern die Vollbeschäftigung als Ziel für eine nachhaltige Entwicklung. Doch weltweit steigt die Arbeitslosigkeit dramatisch an. Der Papst bezeichnete den Zusammenbruch weiter Teile der Weltwirtschaft als die „weltweite Tragödie unserer Zeit.“⁹ Denn dabei werden Menschen zu „Überflüssigen“ degradiert und die grundlegenden Rechte der Arbeitenden und der Arbeitssuchenden missachtet. Papst Franziskus spricht von einer „Wegwerfkultur“, die die Armen, Ausgeschlossenen und Arbeitssuchenden als „überflüssig“ abtut. Diese muss überwunden werden, indem das Recht auf Arbeit eingelöst wird: „In der weltweiten sozialen Wirklichkeit von heute ist es daher über die begrenzten Interessen der Unternehmen und einer fragwürdigen wirtschaftlichen Rationalität hinaus notwendig, dass als Priorität weiterhin das Ziel verfolgt wird, allen Zugang zur Arbeit zu verschaffen.“¹⁰

Aber Vollbeschäftigung ist nicht automatisch die Lösung: Nicht jede Arbeit ist besser als keine. Das Ziel muss menschenwürdige Tätigkeit sein. Denn jeder Mensch hat ein Recht darauf!

(10) In unserer Gesellschaft wird viel wertvolle Arbeit geleistet, doch nicht immer bekommt sie die Anerkennung, die sie verdient. Angesichts der gravierenden weltweiten Einschnitte durch die Weltwirtschaftskrise, die durch die Corona- Pandemie ausgelöst wurde, müssen wir endlich zur Besinnung kommen. Ein „Weiter-So“ kann und wird es nicht geben. Wir müssen den Wert der Arbeit neu bestimmen. „Wertvoll arbeiten“ heißt dabei:

- Wir schaffen durch unsere Arbeit Werte, die sinnvoll, verlässlich, beständig und gut für alle sind.
- Wertvolle Arbeit hat den einzelnen, die Gesellschaft und die Natur gleichermaßen im Blick.
- Sie ist wertvoll für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt. Sie ist von Kooperation statt Wettbewerb, von Sorge statt Gleichgültigkeit bestimmt.
- Sie verbraucht nicht mehr natürliche Ressourcen als regenerativ erzeugt werden können.

Sie will die Bedürfnisse aller Menschen innerhalb der Grenzen unseres Planeten erfüllen und auch zukünftigen Generationen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.¹¹

- Sie produziert die Waren und Dienstleistungen, die für das Leben aller notwendig und wertvoll sind und nimmt damit Abschied von Überflüssigem und der „Wegwerfkultur“. Sie stellt die Güter her und die Dienstleistungen bereit, die unverzichtbar für den Alltag sind und die für ein gutes, zivilisiertes und nachhaltiges Leben für alle benötigt werden.
- Wertvoll Arbeiten erkennt aber auch notwendige Grenzen und Begrenzungen an, der Mensch ist dabei der Maßstab.
- Wertvolle Arbeit zeigt sich auch gerade in personennahen Dienstleistungen wie Erziehung, Bildung und Pflege.
- Kunst und Kultur sind keine Luxusgüter, sondern notwendig für Sinnorientierung und Zusammenhalt einer Gesellschaft.
- Ihre Grundlage ist die demokratische Ermächtigung der arbeitenden Menschen; sie wird in Selbstbestimmung und Freiheit ausgeübt.

Wertvolle Arbeit ist Ausdruck der Wertschätzung des Arbeitens und Lebens eines jeden einzelnen Menschen.

(11) Kurz gesagt: Prekäre Arbeit grenzt aus durch schlechte Entlohnung, fehlende Rechte, ungenügende Mitbestimmungsmöglichkeiten und mangelnde Teilhabe an der Gesellschaft. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind unsolidarisch, ungerecht, menschenunwürdig und nicht nachhaltig. Sie sind unchristlich. Sie müssen bekämpft und abgeschafft werden! Die KAB bewertet alle Einzelmaßnahmen auch auf dem Hintergrund, ob sie eine kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden, die alle Tätigkeit nur nach der finanziellen Rendite bewertet. Die Maßnahmen müssen also zu einer Tätigkeitsgesellschaft führen, in der „Arbeit“ nicht auf Erwerbsarbeit reduziert wird, sondern in der auch die gemeinwohlorientierte und die Privatarbeit ebenbürtig als Mitarbeit am Schöpfungswerk Gottes gelten.

Wir handeln: Unser Einsatz gegen prekäre Arbeit

„Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer.“ (Mt 12,7)

„Ein Arbeiter ist seines Lohnes wert.“ (1. Tim 5,18)

(12) Unser Ziel als Bewegung ist es, prekäre Arbeit abzuschaffen. Das ist möglich! Wir setzen uns ein für Gerechtigkeit, damit Arbeit für den einzelnen, die Gemeinschaft und Gesellschaft sowie kommende Generationen „wertvoll“ ist!

Die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus haben deutlich gemacht, was politisch in kurzer Zeit umgesetzt werden kann, wenn es als richtig und notwendig erkannt wird. Wenn der politische Wille besteht, ist auch eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt zeitnah umsetzbar – das würde auch das dringend notwendige Vertrauen in die Politik stärken.

Um prekäre Arbeit abzuschaffen, setzen wir die Hebel auf verschiedenen Ebenen an:

- auf politischer Ebene hinterfragen wir das bestehende System, organisieren wir die Auseinandersetzung mit Politiker*innen und führen Kampagnen durch;
- auf fachspezifischer Ebene pflegen wir einen intensiven Dialog mit Wissenschaft, Gewerkschaften und Kooperationspartner*innen und organisieren Bildung;
- auf gesellschaftlicher Ebene führen wir eine breite Debatte über die Tätigkeitsgesellschaft und verbünden uns mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft und solidarisieren uns mit Betroffenen;
- auf kirchlicher Ebene prangern wir Missstände in kirchlichen Arbeitsverhältnissen an und setzen uns für eine veränderte Praxis ein;
- auf individueller Ebene unterstützen wir unsere Mitglieder, sich durch Bildung, Beratung und Vertretung gegen prekäre Arbeitsverhältnisse zur Wehr zu setzen.

(13) Vorrangig fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Der Lohn für geleistete Arbeit muss zum Leben reichen und Altersarmut vorbeugen. Um das zu erreichen, muss ein menschenwürdiger Mindestlohn bei 60 Prozent des Bruttomonatsverdienstes von in Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmer*innen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich sein. Daraus ergibt sich derzeit ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 14,09 Euro. Das Mindestlohngesetz muss so reformiert werden, dass ein gesetzlicher Mindestlohn vor Armut schützt und dass die Mindestlohnkommission diesbezüglich einen erweiterten Handlungsspielraum erhält. An einem deutlich erhöhten Mindestlohn können sich tarifvertragliche Vereinbarungen orientieren. Er kommt damit allen Beschäftigten zu Gute.
- Die Tarifbindung muss gestärkt werden! Notwendig sind u.a. eine Reform und ein Ausbau der Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Die Wirtschaftsförderung und die Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen nur an tarifgebundene Unternehmen gehen. Wir brauchen ein bundeseinheitliches Tariftreuegesetz und eine Regelung, nach der Tarifverträge auch bei Unternehmensaufspaltung oder Betriebsübergängen weiterhin gelten. Indem wir die Tarifbindung und die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland stärken, helfen wir auch dabei, die Rechte der Beschäftigten in ganz Europa zu stärken. Diese Rechte müssen immer wieder neu erstritten und gefestigt werden. Dazu braucht es starke Mitbestimmungsakteure in den Betrieben und Gewerkschaften, die ihre Interessen vertreten. Gewerkschaften sind deshalb heute notwendiger denn je. Dies gilt gerade in Zeiten wirtschaftlicher Verunsicherung, in denen die Arbeitslosigkeit steigt und Arbeitsplätze wieder zunehmend zur Disposition stehen. Wir rufen dazu auf, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Als KAB werden wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür einsetzen, ein christliches Miteinander in der Arbeitswelt durchzusetzen.

- Wir brauchen ein Lieferkettengesetz, das die Unternehmen dazu verpflichtet, faire Löhne in der gesamten Wertschöpfungskette zu zahlen. Das ist notwendig, weil die Produktion von Waren und die Bereitstellung von Dienstleistungen aufgrund der Globalisierung immer weniger an bestimmte Orte gebunden sind. Das zeigt sich nicht nur am Beispiel der Logistikarbeiter*innen und bei uns eingesetzten Pfleger*innen aus dem Ausland. Die Rechte der arbeitenden Menschen und soziale Standards werden in den sogenannten „Wertschöpfungsketten“ unterlaufen – bis hin zum Einsatz von Sklaven. Die Unternehmen müssen dafür sorgen, dass die Rechte der für ihr Produkt arbeitenden Menschen umfassend abgesichert sind – unabhängig vom Produktionsstandort. Außerdem müssen Umweltauflagen und der Arbeitsschutz verbindlich festgeschrieben werden. Als Exportnation haben wir eine Vorbildfunktion und können einen entscheidenden Beitrag zur Abschaffung prekärer Arbeit und für einen fairen Handel weltweit leisten!
- Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkel eine Zukunft haben. Deshalb müssen wir endlich verstehen, dass wir keine Kosten und Mühen scheuen dürfen, um die drohende Gefahr abzuwenden. Dazu braucht es ein radikales Umdenken, eine neue Wertschätzung der uns umgebenden Natur, Ehrfurcht vor allem, was lebt. Darum ist es dringend angesagt, weltweit gemeinsam zu handeln. Alle Akteure sind gefragt: Politik, Wirtschaft, Kirchen und Gesellschaft, natürlich auch jede einzelne Person. Vernünftig ist, nicht mehr nach der Krise richtig zu handeln, sondern vorher, um die Katastrophe, die unseren Planeten zerstören könnte, zu verhindern. Subventionen müssen an den Nachweis von Nachhaltigkeitsmaßnahmen gekoppelt werden. Gesetzesvorlagen sind dahingehend zu überprüfen, wie sie sich auf Klima und Umwelt auswirken. Durch die Einforderung einer verpflichtenden Transparenz der Unternehmen für (verbraucherfreundliche) Kennzeichnung der Produkte, können Konsument*innen umweltfreundliche Kaufentscheidungen treffen. Produktionsketten sind auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Der bei der Digitalisierung anfallende hohe Energieverbrauch ist durch nachhaltige, alternative Energien abzudecken. Der Kostenanteil eines Produktes, der für Transport anfällt, muss sich erhöhen und der Preis die bisher externalisierten Kosten enthalten. Damit stärken wir das regionale Wirtschaften und eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft.
- Wir brauchen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit – auch, um die berechtigten Wünsche der Menschen nach Flexibilität abzusichern. Diese soziale Sicherheit muss dabei unabhängig von der Anstellungsform sein. Deshalb setzen wir uns z.B. weiterhin für eine solidarische Alterssicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen ein.¹² Gerade die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen hat im Zuge der Corona-Pandemie an Fahrt aufgenommen. Diesen Rückenwind müssen wir jetzt nutzen, um unser Modell und unsere Forderungen auf allen Ebenen der Politik bekannt zu machen und für unsere Ziele zu streiten.
- Häusliche Pflegearbeit und Familienarbeit müssen rentenrelevanter werden, d.h. sie müssen bei der Rentenhöhe stärker berücksichtigt werden.

- Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Markt und Wettbewerb, Preise und Gewinne haben hier nichts verloren. Die Privatisierung in diesem Bereich ist Schritt für Schritt rückabzuwickeln.
- Für alle Berufsgruppen im Krankenhaus müssen verbindliche Personalbedarfszahlen ermittelt und durchgesetzt werden.
- Die Vergütung der Pflege, der Assistenzberufe und der Servicebereiche muss deutlich erhöht werden – und zwar tabellenwirksam, nicht durch Einmalzahlungen.

(14) Wenn wir die Stigmatisierung und Diskriminierung der prekär Arbeitenden beenden wollen, müssen wir öffentliche und gesellschaftliche Auseinandersetzungen anstoßen. So können in einer Demokratie politische Mehrheiten geschaffen und gesetzliche Regelungen geändert werden.

Unsere Zukunftsvorstellung als KAB ist die „Tätigkeitsgesellschaft“. Mit ihr als Grundlage wollen wir „wertvolle“ Debatten und Dialoge anstoßen und befördern. Und dabei sind wir nicht alleine: Wir sind Motor und Teil von Bündnissen mit Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen und Initiativen, die mehr Solidarität und Gerechtigkeit schaffen wollen – bei uns, in Europa und weltweit. Wir erleben, dass es eine große Bereitschaft gibt, für menschenwürdige und wertvolle Arbeit zu kämpfen. Das ist für die KAB weiterhin ein großes Zeichen der Hoffnung und der Ermutigung. Um politisch schlagkräftiger zu werden, stärken wir unser solidarisches Handeln im Verband. Unser Ziel für die nächsten vier Jahre ist es deshalb, die Bündnisarbeit auf allen Ebenen des Verbandes weiter zu verstärken. Jetzt ist der Zeitpunkt, um in die Offensive zu gehen: Mit vereinten Kräften für ein menschenwürdiges und wertvolles Arbeiten.

(15) Diese Forderungen müssen wir aber natürlich auch in unserem Verband selbst und in unserer Kirche als Arbeitgeberin umsetzen. Die katholische Kirche als Arbeitgeberin und die mit ihr verbundenen Einrichtungen haben eine Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft – auch bei der Durchsetzung von menschenwürdiger Arbeit.

Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben im sogenannten „Sozialwort“ eine Selbstverpflichtung festgeschrieben: „Die Kirchen sind als Arbeitgeber, Eigentümer von Geld- und Grundvermögen, Bauherr oder Betreiber von Einrichtungen und Häusern auch wirtschaftlich Handelnde. Sie können nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen. Mit Recht wird dies als eine Frage der Glaubwürdigkeit angesehen.“¹³ Die Kirchen haben sich für den sogenannten „Dritten Weg“ entschieden. Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeberin verstehen sich als Dienstgemeinschaft. Der „Dritte Weg“ muss diesem Anspruch gerecht werden. Nur dann hat er weiterhin seine Berechtigung. Wenn die Kirche Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, muss sie ihrem „Sonderstatus“ entsprechend handeln. Das bedeutet: In der Kirche sollten befristete Arbeitsverhältnisse der Vergangenheit angehören – genau wie jede Form von atypischer und prekärer Beschäftigung.

Als Verband und als Frauen und Männer der KAB werden wir uns in unserer Kirche und in kirchlichen Gremien und Zusammenschlüssen auf allen Ebenen für deren Abschaffung einsetzen. Wir wollen unsere Kirche zu einem Raum für „wertvolles Arbeiten“ machen.

(16) Das Thema „Arbeit“ in all ihren Formen ist in der Soziallehre der Kirche ein zentraler Punkt. Trotzdem steht es in unserer Kirche fast nie im Fokus.

Für die Menschen ist die Frage, wie sie arbeiten und leben wollen, aber existenziell. Die Kirche wird so „oftmals weder als ein Ort der Hoffnung und Freude noch als ein Ort, an dem die existenziellen Nöte, an dem die Ängste und die Trauer der Menschen, besonders der Armen und Bedrängten aller Art ihren Ausdruck finden“,¹⁴ wahrgenommen.

Deshalb nehmen wir als KAB uns in den nächsten Jahren des Themas „menschewürdig statt prekär – wertvoll arbeiten“ an. Wir wollen zum einen unsere Kompetenzen erweitern und uns andererseits hartnäckig in die kirchlichen Debatten und Auseinandersetzungen einbringen. Dabei werden wir auch selbstbewusst deutlich machen: Damit die Seelsorge der Kirche auch in Zukunft ihre Berechtigung und Relevanz behält, ist unser Einsatz für menschenwürdige Arbeit und für die arbeitenden Menschen von größter Bedeutung. Er muss daher mit allen Mitteln gefördert werden. Denn: Ohne Einsatz für Gerechtigkeit, auch in der Arbeitswelt, fehlt der christlichen Glaubensverkündigung gemäß der biblischen Tradition ihr Kern und sie ist somit nicht glaubwürdig.

Unser Auftrag und unsere Verpflichtung!

Der Einsatz für menschenwürdige Arbeit ist ein fest verankerter Teil in unserem verbandlichen Leben. Mit dem „Welttag für menschenwürdige Arbeit“ am 7. Oktober verpflichten wir uns selbst, uns für internationale Solidarität und Gerechtigkeit einzusetzen.

Er ist auch unser Anlass, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Bewegungen zu verstärken, die in der Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WBCA) zusammengeschlossenen sind. Im Verband werden wir Projekte voranbringen, die aufzeigen, wie menschenwürdiges Arbeiten, nachhaltiges Wirtschaften und die Sorge für die kommenden Generationen funktionieren können. Außerdem werden wir unser Modell der „Tätigkeitsgesellschaft“ fortentwickeln. Als christliche Arbeitnehmerbewegung haben wir eine „Brückenfunktion“ zu den Gewerkschaften – auch für die Kirche. Diese wollen wir ausbauen und unsere gemeinsame politische Handlungsmacht für gute Arbeit, den freien Sonntag und die Rechte der Arbeitnehmer*innen stärken. Wir wissen, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher. Deshalb mischen wir uns in die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit ein.

Anmerkungen:

¹ Papst Franziskus: Enzyklika Fratelli tutti – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft, Rom 2020, Ziff. 168; vgl. auch Ziff. 19, 32ff und 54.

² Vgl. ausführlich: Andreas Jansen: Wachsende Graubereiche in der Beschäftigung, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Working PaperForschungsförderung, Nr. 167, Januar 2020, S. 15ff.

³ Vgl. ausführlich CAJ (Hg.): Analyse der CAJ zu Prekärer Arbeit, Essen 2016.

⁴ Papst Franziskus: Enzyklika Laudato si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Rom 2015, Ziff. 134.

⁵ Vgl. hierzu ausführlich Krefelder Beschluss der KAB 2017.

⁶ Johannes Paul II.: Enzyklika Laborem exercens, Rom 1981, Ziff. 6.

⁷ Vgl. KAB Krefelder Beschluss 2017, Ziff. 18.

⁸ Papst Franziskus, Jede Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz tritt die Würde mit Füßen (Frühmesse am Fest des heiligen Josefs des Arbeiters), Rom 01.Mai 2020.

⁹ Papst Franziskus, Rede zur Generalaudienz zum 1. Mai 2019 Gedenktag Josef des Arbeiters.

¹⁰ Papst Franziskus: Enzyklika Laudato si' – Über die Sorge für das gemeinsame Haus, Rom 2015, Ziff. 127.

¹¹ Vgl. Kate Raworth, Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, München 2018.

¹² Vgl. KAB Krefelder Beschluss 2017, Ziff. 22.

¹³ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn / Hannover 1997, Ziff. 244.

¹⁴ KAB Deutschlands e.V. (Hg.): Den Menschen Hoffnung geben – Wo Kirche lebendig wird, Köln 2005, S. 3.